

BGH-Leitsatz-Entscheidungen

Heute neu:

1. [UrhG: Onlineberichterstattung über Ausstellungseröffnung](#)
Urteil 05.10.2010, I ZR 127/09
2. [UWG: Kopplung von Gewinnspiel und Umsatzgeschäft](#)
Urteil 05.10.2010, I ZR 4/06
3. [WEG: Abweichung vom Kostenverteilungsschlüssel wegen Erstattungsanspruch gegen Eigentümer](#)
Urteil 04.03.2011, V ZR 156/10
4. [BGB: Schätzung von Mietwagenkosten](#)
Urteil 22.02.2011, VI ZR 353/09
5. [BGB, GG: Abrufmeldung im Internet über verurteilten Straftäter](#)
Urteil 22.02.2011, VI ZR 114/09
6. [BGB: Erstattung der Anwaltskosten für Deckungszusage](#)
Urteil 09.03.2011, VIII ZR 132/10
7. [BGB: Wohnflächenabweichung bei möblierter Wohnung](#)
Urteil 02.03.2011, VIII ZR 209/10
8. [GVG: Rechtsweg für Anfechtungsklage gegen Sozialversicherungsträger](#)
Beschluss 24.03.2011, IX ZB 36/09
9. [InsO: Vermächtnis aus Erbfall in der Wohlverhaltensphase](#)
Beschluss 10.03.2011, IX ZB 168/09
10. [InsO: Ausschüttungen im Rahmen eines Schneeballsystems](#)
Versaeumnisurteil 10.02.2011, IX ZR 18/10
11. [BGB: Anforderungen an eine Nachbelehrung](#)
Beschluss 15.02.2011, XI ZR 148/10
12. [BGB: Teilnahme des ausländischen Brokers an sittenwidriger Schädigung](#)
Urteil 25.01.2011, XI ZR 100/09
13. [BGB, FGG: Bindungstoleranz des Elternteils bei Auswanderung](#)
Beschluss 16.03.2011, XII ZB 407/10
14. [FamFG: erneute Anhörung in einem Unterbringungsverfahren](#)
Beschluss 02.03.2011, XII ZB 346/10
15. [AO, UStG: Geltendmachen der Vorsteuer als Steuerhinterziehung](#)
Beschluss 08.02.2011, 1 StR 24/10
16. [BtMG: Errichtung einer Indoor-Plantage zum Anbau von Cannabis](#)
Beschluss 15.02.2011, 3 StR 491/10
17. [EnZR: Grenzpreisvergleich nach § 2 Abs. 4 KAV](#)
Urteil 01.02.2011, EnZR 57/09

Urteile und Beschlüsse:

1. UrhG: Onlineberichterstattung über Ausstellungseröffnung

Urteil 05.10.2010, I ZR 127/09

UrhG §§ 19a, 50

Wird im Rahmen der Online-Berichterstattung über eine Veranstaltung berichtet, bei der urheberrechtlich geschützte Werke wahrnehmbar werden (hier: Bericht über eine Ausstellungseröffnung), dürfen Abbildungen dieser Werke nur so lange als Teil dieser Berichterstattung im Internet öffentlich zugänglich gemacht werden, wie die Veranstaltung noch als Tagesereignis angesehen werden kann.

2. UWG: Kopplung von Gewinnspiel und Umsatzgeschäft

Urteil 05.10.2010, I ZR 4/06

UWG 2008 § 3 Abs. 1, § 4 Nr. 6, Richtlinie 2005/29/, EG Art. 5 Abs. 2

a) Im Hinblick auf die erhebliche Anlockwirkung, die im Allgemeinen von einem an den Produktabsatz gekoppelten Preisausschreiben oder Gewinnspiel ausgeht, ist das Merkmal der Spürbarkeit (§ 3 Abs. 1 UWG) bei einer solchen Verkaufsförderungsmaßnahme in der Regel erfüllt. Bei der Regelung in §§ 3, 4 Nr. 6 UWG 2008 handelt es sich daher um ein generelles Verbot der Kopplung solcher Preisausschreiben und Gewinnspiele an ein Umsatzgeschäft, dem die Richtlinie 2005/29/EG über unlautere Geschäftspraktiken entgegensteht (EuGH, Urteil vom 14. Januar 2010 - C-304/08, GRUR 2010, 244 = WRP 2010, 232 - Plus). Das generelle Verbot lässt sich insbesondere nicht damit rechtfertigen, dass die Kopplung solcher Preisausschreiben oder Gewinnspiele generell nach Art. 5 Abs. 2 Buchst. a der Richtlinie den Erfordernissen der beruflichen Sorgfalt widerspricht.

b) Die Regelung in §§ 3, 4 Nr. 6 UWG 2008 ist in der Weise richtlinienkonform auszulegen, dass die Kopplung eines Preisausschreibens oder Gewinnspiels an ein Umsatzgeschäft nur dann unlauter ist, wenn sie im Einzelfall eine irreführende Geschäftspraxis darstellt (Art. 6 und 7 der Richtlinie) oder den Erfordernissen der beruflichen Sorgfalt widerspricht (Art. 5 Abs. 2 Buchst. a der Richtlinie).

3. WEG: Abweichung vom Kostenverteilungsschlüssel wegen Erstattungsanspruch gegen Eigentümer

Urteil 04.03.2011, V ZR 156/10

WEG § 28 Abs. 3

a) In die Jahresabrechnung sind auch solche Ausgaben einzustellen, die der Verwalter unberechtigterweise aus Mitteln der Gemeinschaft getätigt hat.

b) Maßgeblich für die Umlegung der Kosten in den Einzelabrechnungen ist der jeweils einschlägige Verteilungsschlüssel, wie er sich aus einer Vereinbarung, einem Beschluss nach § 16 Abs. 3, 4 WEG, aus § 16 Abs. 2 WEG oder einer gerichtlichen Entscheidung ergibt. Steht ein Ersatzanspruch gegen einen Wohnungseigentümer in Rede, rechtfertigt dies nur dann eine von dem einschlägigen Umlageschlüssel abweichende Kostenverteilung, wenn der Anspruch titulierte ist oder sonst feststeht.

4. BGB: Schätzung von Mietwagenkosten

Urteil 22.02.2011, VI ZR 353/09

BGB § 249 Abs. 2 Satz 1 Gb, § 254 Dc, ZPO § 287

Zur Schätzung von Mietwagenkosten auf der Grundlage von Listen und Tabellen, wenn mit konkreten Tatsachen aufgezeigt wird, dass geltend gemachte Mängel der Schätzungsgrundlage sich auf den zu entscheidenden Fall in erheblichem Umfang auswirken.

5. BGB, GG: Abrufmeldung im Internet über verurteilten Straftäter

Urteil 22.02.2011, VI ZR 114/09

GG Art. 1 Abs. 1; Art. 2 Abs. 1; Art. 5 Abs. 1, BGB § 823 Abs. 1 Ah; § 1004 Abs. 1 Satz 2

Zur Zulässigkeit des Bereithaltens von Kurzmeldungen zum Abruf im Internet, in denen ein verurteilter Straftäter namentlich genannt wird und durch die auf im "Archiv" enthaltene und nur Nutzern mit besonderer Zugangsberechtigung zugängliche Beiträge aufmerksam gemacht wird.

6. BGB: Erstattung der Anwaltskosten für Deckungszusage

Urteil 09.03.2011, VIII ZR 132/10

BGB §§ 140, 280, 286, 556

a) Zur Umdeutung einer - nach dem früheren Mietpreisbindungsrecht für Altbauten in Berlin - unzulässigen Vereinbarung über abzurechnende Betriebskostenvorauszahlungen in eine gesetzlich seinerzeit zulässige Abrede über die Zahlung einer Betriebskostenvorauszahlung

b) Unter dem Gesichtspunkt des Verzugsschadens sind Anwaltskosten für die Einholung einer Deckungszusage der Rechtsschutzversicherung des Geschädigten - unabhängig von der Frage, ob es sich hierbei um eine besondere Angelegenheit im Sinne des § 18 RVG handelt - nicht zu erstatten, wenn die Inanspruchnahme anwaltlicher Hilfe zur Einholung der Deckungszusage nicht erforderlich war (Fortführung des Senatsurteils vom 6. Oktober 2010 - VIII ZR 271/09, WuM 2010, 740).

7. BGB: Wohnflächenabweichung bei möblierter Wohnung

Urteil 02.03.2011, VIII ZR 209/10

BGB § 536 Abs. 1 Satz 2

Auch wenn eine Wohnung möbliert vermietet ist, ist die Bruttomiete bei einer Wohnflächenabweichung um mehr als 10 % gegenüber der vereinbarten Wohnfläche im Verhältnis der Wohnflächenabweichung gemindert.

8. GVG: Rechtsweg für Anfechtungsklage gegen Sozialversicherungsträger

Beschluss 24.03.2011, IX ZB 36/09

GVG § 13

Für insolvenzrechtliche Anfechtungsklagen gegen Sozialversicherungsträger ist der Rechtsweg zu den ordentlichen Gerichten gegeben.

9. InsO: Vermächtnis aus Erbfall in der Wohlverhaltensphase

Beschluss 10.03.2011, IX ZB 168/09

InsO § 295 Abs. 1 Nr. 2, BGB § 1953 Abs. 1, § 2180 Abs. 3

Tritt der Erbfall in der Wohlverhaltensphase ein, entsteht die Obliegenheit des Schuldners, die Hälfte des Wertes des Vermächtnisses an den Treuhänder abzuführen, erst mit der Annahme des Vermächtnisses (Ergänzung von BGH WM 2009, 1517).

10. InsO: Ausschüttungen im Rahmen eines Schneeballsystems

Versaumnisurteil 10.02.2011, IX ZR 18/10

InsO § 134 Abs. 1, § 143 Abs. 1 Satz 1, BGB § 366 Abs. 1

Ausschüttungen im Rahmen eines als Schneeballsystem geführten Anlagemodells erfolgen in der Regel zunächst auf ausgewiesene Scheingewinne und erst danach auf die geleistete Einlage.

11. BGB: Anforderungen an eine Nachbelehrung

Beschluss 15.02.2011, XI ZR 148/10

BGB § 355 Abs. 2

Eine Nachbelehrung nach § 355 Abs. 2 BGB muss einen für den Verbraucher erkennbaren Bezug zu seiner früheren Vertragserklärung aufweisen, der ihm deutlich macht, dass ein Belehrungsmangel im Nachhinein ausgeglichen werden soll (Bestätigung des Senatsurteils vom 26. Oktober 2010 - XI ZR 367/07).

12. BGB: Teilnahme des ausländischen Brokers an sittenwidriger Schädigung

Urteil 25.01.2011, XI ZR 100/09

BGB § 826 A, § 830 Abs. 2

Zu den subjektiven Voraussetzungen der Teilnahme eines ausländischen Brokers an einer vorsätzlichen sittenwidrigen Schädigung von Kapitalanlegern durch einen inländischen Terminoptionsvermittler.

13. BGB, FGG: Bindungstoleranz des Elternteils bei Auswanderung

Beschluss 16.03.2011, XII ZB 407/10

BGB §§ 1626 a ff., 1671, 1696, KSÜ Art. 16, 53, FGG §§ 12, 50, 50 b

a) Sorgeerklärungen können formwirksam gemäß § 1626 d BGB auch in Form einer gerichtlich gebilligten Elternvereinbarung erfolgen.

b) Die Motive des Elternteils für seinen Auswanderungsentschluss stehen grundsätzlich genauso wenig zur Überprüfung des Familiengerichts wie sein Wunsch, in seine Heimat zurückzukehren. Verfolgt der Elternteil mit der Übersiedlung allerdings (auch) den Zweck, den Kontakt zwischen dem Kind und dem anderen Elternteil zu vereiteln, steht die Bindungstoleranz des betreuenden Elternteils und somit seine Erziehungseignung in Frage (im Anschluss an Senatsbeschluss BGHZ 185, 272 = FamRZ 2010, 1060 Rn. 23 f.).

c)Das Gericht darf die Verfahrenspflegschaft nicht dadurch ineffektiv machen, dass es ohne nachvollziehbare Begründung den mit der Angelegenheit und vor allem dem Kind vertrauten Verfahrenspfleger kurz vor Abschluss des Sorgerechtsverfahrens entpflichtet und einen neuen bestellt, der nicht mehr die Möglichkeit hat, sich in angemessener Weise mit der Sache vertraut zu machen.

14. FamFG: erneute Anhörung in einem Unterbringungsverfahren

Beschluss 02.03.2011, XII ZB 346/10

FamFG §§ 68 Abs. 3 Satz 2; 317 Abs. 1 Satz 1; 319 Abs. 1

1. In einem Unterbringungsverfahren kann das Beschwerdegericht nicht gemäß § 68 Abs. 3 Satz 2 FamFG von einer erneuten Anhörung des Betroffenen absehen, wenn das Gericht des ersten Rechtszugs bei der Anhörung des Betroffenen zwingende Verfahrensvorschriften verletzt hat.

2. Ist in einem Unterbringungsverfahren die Bestellung eines Verfahrenspflegers erforderlich, hat diese so frühzeitig zu erfolgen, dass der Verfahrenspfleger noch Einfluss auf die Entscheidung nehmen kann.

15. AO, UStG: Geltendmachen der Vorsteuer als Steuerhinterziehung

Beschluss 08.02.2011, 1 StR 24/10

AO § 370 Abs. 1 Nr. 1, UStG § 15 Abs. 1

Jedenfalls dann, wenn derjenige, für den eine Lieferung ausgeführt wird, weiß, dass diese Teil eines auf Hinterziehung von Umsatzsteuer angelegten Systems ist, so ist er hinsichtlich dieser Lieferung nicht als Unternehmer i.S.d. § 15 UStG tätig. Macht er dennoch die in einer Rechnung für diese Lieferung ausgewiesene Umsatzsteuer nach § 15 UStG als Vorsteuer geltend, begeht er eine Steuerhinterziehung.

16. BtMG: Errichtung einer Indoor-Plantage zum Anbau von Cannabis

Beschluss 15.02.2011, 3 StR 491/10

BtMG § 29 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1

Zur Abgrenzung von strafloser Vorbereitung und (versuchtem) Handeltreiben mit Betäubungsmitteln bei Errichtung einer Indoor-Plantage zum Anbau von Cannabis, das nach der Ernte gewinnbringend veräußert werden soll.

17. EnZR: Grenzpreisvergleich nach § 2 Abs. 4 KAV

Urteil 01.02.2011, EnZR 57/09

Bei dem Grenzpreisvergleich nach § 2 Abs. 4 Konzessionsabgabenverordnung sind

Bei dem Grenzpreisvergleich nach § 2 Abs. 4 Konzessionsabgabenverordnung sind den vom Statistischen Bundesamt ermittelten Durchschnittserlösen aller Sondervertragskunden die von den einzelnen Stromabnehmern gezahlten Durchschnittspreise ohne Berücksichtigung von Stromsteuerermäßigungen gegenüberzustellen.